**Bürgerinitiative Prozessbeobachter**

Josef Nägele

Kappel 18

**88263 Horgenzell**

Tel. 07504 91177

Fax 07504 91178

www.warnglocke.de

Herrn

Ministerpräsident

Winfried Kretschmann  **persönlich**

Richard Wagnerstraße 15

**70164 Stuttgart**

Per Fax 0711 2153 211

11.6.2013

29.10.2012 ; 09.11.2012; 25.11.2012; 03.12.2012; 07.12.2012;05.01 2013;

13.1.2013; 4.3.2013; 24.3.2013; *29.5.2013;* **11.6.2013**

**Eilsache Josef und Irmgard Nusser**

**Aktennotiz zum Gespräch mit Frau Schönberg und Frau Moulien**

**Antrag: Sofortige Beendigung der Abbruch- und Ausräumarbeiten des Anwesens Nusser Hauptstraße 4 Eichstegen**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Winfried Kretschmann

Auf Grund des soeben geführten Gesprächs mit Frau Schönberg mit Weiterleitung an Frau Moulien ergibt sich folgende Aktennotiz.

Verwendete Kürzel. **M: Moulien; Nä = Nägele; Nu = Nusser**

 Josef Nusser wendet sich wegen seiner beobachteten Zerstörung der Inneneinrichtung seines Gast- und Wohnhauses (Hauptstraße 4 in Eichstegen) an die Bürgerinitiative Prozessbeobachter mit der Bitte um Hilfe. Vorangegangen war offensichtlich ein heutiges unerfreuliches Telefonat in der Sache mit Frau Maulien, die das Gespräch einseitig abrupt beendete.

Nu erklärte gegenüber Nä, dass Frau M erklärt habe, den Fall Nusser nicht zu kennen.

Nä erklärt, dass er von der Bürgerinitiative Prozessbeobachter sei und dass Nu um Hilfe gebeten habe. Die Aussagen von Nu seien für ihn absolut glaubhaft da Nä aus eigener Erfahrung die Vorgänge aus Justiz und Psychiatrie kenne.

M behauptet Im Telefonat mit Nä, dass sie den Fall Nu kenne. Nu sei am Telefon laut geworden und dies sei für sie keine Gesprächsgrundlage. Daraufhin habe sie aufgelegt.

Nä erklärt, dass in der Situation des Unrechterlebens und Zerstörung von Haus und Hof eine angespannte emotionale Lage bestehe und verständlich sei. Nu sei ihm bekannt als sachlich und fachlich qualifizierter Gesprächspartner. Nä wolle sich als nicht direkt Betroffener daher sachlich mit M den Fall erörtern.

M fragt ob Nä alle Akten vorliegen würden.

Nä gibt an, dass ihm viele Akten vorliegen würden. Alle habe er nicht studiert, dies sei nicht seine Aufgabe. Die Aussagen des Nu seien für ihn auf Grund der Tatsachen glaubhaft.

M fordert Nä solle alles aufschreiben und ihr dann berichten.

Nä erklärt, dass dies auf Grund seiner Kenntnis zu vorliegendem Schriftverkehr von Nu mit dem Stami und anderer Ministerien und Behörden nicht ein zweites Mal erforderlich sei. Dem Stami und damit dem Ministerpräsidenten Kretschmann seien alle relevanten Fakten bekannt.

M drängt auf Beendigung des Gesprächs.

Nä erklärt, dass der Fall Nusser von Anfang durch Betrug durch Bank und Behörden aufgebaut sei. Als Beispiel nennt er, dass die Volksbank keinen Beweis zur Auszahlung eines Kredites an Nu liefern kann. Eine willkürliche Zwangsversteigerung ohne Rechtskraft sei erfolgt.

M behauptet, dass Nu ja rechtliche Möglichkeiten habe.

Nä fragt welche diese sind

M sagt, dass Nu der Rechtsweg offen stehen würde. Dazu müsse er eben einen Anwalt beauftragen.

Nä erklärt, dass ein Anwalt ebenso wie Prozesskostenhilfe usw. nicht gewährt würde und fragt, was Nu tun könne, wenn er mangels finanzieller Mittel kein rechtliches Gehör erhält.

M erklärt, dass es nicht ihre Aufgabe sei Rechtsauskünfte zu erteilen. Dafür sei die Justiz zuständig und fordert die BI Prozessbeobachter auf, die Prozesskosten vorzustrecken

Nä erklärt, dass die Mitglieder der BI allesamt selber auf Grund von Willküraktionen und Unrecht in Finanznot stecken und keine Prozesse finanzieren könnten.

Nä erklärt, dass die Justiz im Ländle durch verschiedene Fälle beweisbar versagt und die Gesetze nicht befolge.

M Will das Gespräch wieder beenden

Nä bittet um Fortführung des Telefonates um den Sachstand zu erörtern.

M verweist wiederholt auf die Justiz

Nä erklärt, dass bei Nichtfunktion der Justiz die Politiker und damit der oberste Landesvater Kretschmann in der Verantwortung stehen. Die verantwortlichen Volksvertreter würden vorsätzlich Gespräche verweigern.

Nä stellt fest, dass er M wohl keine Nachhilfe in Allgemeinbildung geben müsse und dass sie den Fall Mollath kenne.

M stimmt dem zu, denn sie kennt den Fall Mollath.

Nä fordert BW braucht keine Mollath – Fälle.

M will dies nicht wahrhaben und fordert erneut eine umfangreiche schriftliche Darstellung.

Nä verdeutlicht, dass dem Ministerpräsidenten alle relevanten Fakten in Schriftform vorliegen würden. Auf Grund des aktuell laufenden Abbruchs der Inneneinrichtung des Wohnhauses sei „Feuer unterm Dach“ und somit müssten keine Akten gewälzt, sondern die Feuerweht in der Form des MP – Einsatzes eingreifen. Hierzu könne Frau M offensichtlich keine Alternative benennen.

M fällt wiederholt ins Wort und beendet trotz Protest von Nä das Gespräch abrupt.

**Fazit:** Frau M hat zur Aktenkenntnis Nusser offenbar die Unwahrheit gesagt. Hilfe in der bekannten Notsituation wird verweigert und auf den angeblich gewährten Rechtsweg verwiesen. Trotz wiederholter Drohungen zum Gesprächsabbruch bleibt Nä sachlich und ruhig im Ton. In Anbetracht der Vorgeschichte und der aktuellen Ereignisse ist das Gebaren von Frau Moulien unangebracht. Es besteht der Verdacht, dass sie der Aufgabe des Ministerpräsidenten als „ministre“ = 1. Diener der Bürger nicht gerecht wird. Dies steht auch im krassen Widerspruch zur ausgerufenen Bürgergesellschaft und Aufforderung der Bürger mit Zivilcourage zu sozialem Engagement.

**Bemerkung:** Als Anlage ist ein Flugblatt zum 12.6.2013 zum Besuch des Landtages und Information auf der Königstraße – Schlossplatz – Fahnenrondell beigelegt. Es wird um Beachtung und Besuch gebeten.

Mit obiger Sachverhaltsschilderung begründen wir den:

**Antrag:** Auf sofortige Einstellung der Abbrucharbeiten

Wir erwarten Ihren Besuch und eine unverzügliche positive antragsgemäße Rückmeldung und verbleiben

Für die Bürgerinitiative Prozessbeobachter

Mit freundlichen Grüßen

Josef Nägele

**Anlage:** Flugblatt Einladung zum 12.6.2013